

**HESSISCHER LANDTAG**

15.01.2015

HHA

**Änderungsantrag
der Fraktion der FDP**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die
Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 19/1228 zu Drucksache 19/1001

Inhalt des Antrags: **Streichung der Überförderung der Biolandwirte**

Einzelplan **09** Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 09 23 Förderungen im Bereich Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Buchungskreis: 2895

Förderproduktnummer 23
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Hessisches Programm für Agrarumwelt- und Landschaftspflegemaßnahmen
(HALM)

Veränderung
von um auf

Leistungsplan:

Beträge in 1.000 EUR

Gesamtkosten	49.356,9	-49.356,9	0,0
Eigene Erlöse	34.186,4	-34.186,4	0,0
Produktabgeltung	15.170,5	-15.170,5	0,0

Der Liquiditätsbedarf 2015 wird von 3.906.100 EUR um 3.906.100 EUR auf 0 EUR verringert.

Verpflichtungsermächtigungen:

Beträge in EUR

Verpflichtungsermächtigungen	von	um	auf
Verpflichtungsermächtigungen 2016	623.500	-623.500	0
Verpflichtungsermächtigungen 2017	10.016.800	-10.016.800	0
Verpflichtungsermächtigungen 2018	8.683.500	-8.683.500	0
Verpflichtungsermächtigungen 2019ff	26.127.000	-26.127.000	0
Gesamtverpflichtung	45.450.800	-45.450.800	0

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Haushaltsposten wie Agrarsubventionen für Biolandwirte und Kampagnen, die im Duktus einer sog. Agrarwende einzuordnen sind, führen letztlich dazu, dass sich die Betriebe der Landwirtschaft völlig einem Ökodiktat unterzuordnen haben, sofern sie an den Förderungen partizipieren wollen.

Sofern ein Landwirt sich zur konventionellen Landwirtschaft bekennt und diese ausübt, erfährt er eine massive Benachteiligung, die letztlich die Existenz seines Betriebes und der damit verbundenen Arbeitsplätze gefährden kann.

Wiesbaden, 13.01.2015

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende

Florian Rentsch